



Politikerin aus Leidenschaft



© Kasper Boss

Irène Marti Anliker tritt nach mehr als sieben Jahren als Präsidentin der SP Kanton Bern zurück. Es waren sieben spannende, aufreibende und eindrucksvolle Jahre. Angelika Neuhaus

Irène war und ist mit Leib und Seele Politikerin. Sie hat sich von Jugend an mit Politik auseinandergesetzt. Schon als junge Frau war Irène in der JUSO aktiv, in einer rebellischen und unangepassten JUSO, die unbequeme Fragen stellte und die etablierten GenossInnen herausforderte. Doch Irène wollte nicht nur herausfordern, sie wollte mitgestalten. Sie wollte nicht nur die wunden Punkte unserer Gesellschaft aufzeigen, sie wollte sie auch ausmerzen.

Von der Schulkommission zur Parteipräsidentin

In den letzten 30 Jahren hat Irène die verschiedensten politischen Ämter innegehabt: sie war Mitglied einer Schulkommission, des Spitalverbandes, der städtischen und kantonalen Legislative. Zwölf Jahre sass sie im Berner Stadtrat, davon fünf Jahre als Fraktionspräsidentin. Kurz nachdem Irène 2002 in den Grossen Rat gewählt wurde, kam die Anfrage für das kantonale SP-Präsidium. Eine Anfrage, die auf ihre breite politische Erfahrung baute, ihre lösungsori-

enterte Art des Politisierens und ihre Dialogbereitschaft. Irène hat zugesagt – und wurde am 1. März 2003 am Parteitag in Frutigen zur Präsidentin der SP Kanton Bern gewählt.

Der happige Einstieg

Es war ein happiger Einstieg in die kantonale Politik, aber auch in die eidgenössische – sechs Monate vor den National- und Ständeratswahlen. Irène benötigte keine Anlaufzeit, sie war vom ersten Augenblick an voll dabei: Sie begleitete Simonetta Sommaruga auf ihrer Wahlkampftour und machte bei unzähligen Strassenaktivitäten an vorderster Front mit. Sie besuchte Sektionen im ganzen Kanton und warb für ihre Art des Politisierens: hartnäckig und zielgerichtet kämpfend für Chancengleichheit für alle.

Siege und Niederlagen

Die Wahl von Simonetta Sommaruga 2003 als erste SP-Ständerätin im Kanton Bern gehört zu den Highlights im politischen Wirken von Irène, wie auch die historische Wahl der rot-grünen Regierungsmehrheit 2006 sowie deren Bestätigung 2010. Diese Ereignisse können nicht hoch genug gewertet werden im bürgerlichen Kanton Bern. Auch bei Abstimmungen positionierte Irène die SP hervorragend und brachte uns z. B. 2008 den Sieg

beim Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass». Doch neben grossen Erfolgen gab es auch Frust und Enttäuschungen, die von einer Parteipräsidentin nicht nur ertragen, sondern auch erklärt und kommuniziert werden müssen. Die Nationalratswahlen 2007 und die Grossratswahlen 2010 brachten der SP grosse Verluste. Für eine Präsidentin, die Politik mit Leidenschaft betreibt, waren diese Niederlagen äusserst schmerzhaft.

Der SP ein Gesicht gegeben

Irène politisiert dossiersicher und mit politischem Instinkt; hartnäckig, fair, zielgerichtet und leidenschaftlich. Sie ist bereit, ihre Haltungen zu hinterfragen und für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Im Vordergrund stand und steht für Irène das Gesamtwohl der Partei, Ränkespielen und persönlichen Profilierungen erteilte sie immer eine deutliche Absage. Aktives Politisieren bedeutet enorm viel Freizeit und Energie für die Politik einzusetzen, Farbe zu bekennen und der SP ein Gesicht zu geben. Irène hat dies in den letzten sieben Jahren auf der kantonalen Ebene vorgelebt, kompromisslos, ohne Wenn und Aber.

Zukunftswünsche

Nun wirst du, Irène, ab September mehr Zeit für deine Familie, deinen Beruf und deinen Freundeskreis haben, für deine politische Arbeit als Grossrätin, für deine Hobbys – für dich ganz persönlich. Dies gönne ich dir vom ganzen Herzen. Du bist und bleibst für mich auch weiterhin eine hochpolitische Persönlichkeit, mit Leidenschaft für die Politik und für das Leben. Ein Glücksfall für die SP Kanton Bern!



Angelika Neuhaus
 Parteisekretärin
 SP Kanton Bern

TSCHOU

Nach der Wahl: Anpacken

Nach jeder Wahl gilt es, sich auf eine neue Situation einzustellen. Vor vier Jahren verloren SVP und FDP die gemeinsame absolute Mehrheit und nach den jetzigen Wahlen haben wir eine ganz neue Parteienlandschaft. SVP und SP sind nach wie vor die beiden stärksten Parteien. Die



BDP schaffte es auf Anhieb auf den dritten Platz. Die FDP ist um einen Drittel eingebrochen und belegt nun mit den Grünen Platz vier und fünf. Neu hat die GLP als neue Kraft fast Fraktionsstärke erreicht. Wie die SP haben aber auch ihre engsten Verbündeten der vergangenen Legislatur, die Grünen und die EVP, leider Sitze eingebüsst. Auf den ersten Blick ergibt dies eine satte bürgerliche Mehrheit, allerdings auf mehrere Parteien verteilt. Die Frage stellt sich, wie geschlossen diese bürgerliche Mehrheit auftritt. Richten sich BDP und FDP weiterhin nach der SVP aus, oder entwickeln sie ein eigenes Profil? Werden sie die konservativen Ideen der SVP immer noch mittragen, oder helfen sie mit, den Kanton Bern fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft? Sowohl in der FDP wie auch in der BDP gibt es Leute, die Verantwortung übernehmen wollen. Zudem gibt es in jeder Partei umweltbewusste Leute. Mit wechselnden Verbündeten liegen je nach Themenbereich durchaus Erfolge im Bereich des Möglichen. Packen wir es an!

Margreth Schär,
 Fraktionspräsidentin



SPITZE FEDER

Hoch gesteckte Ziele

Als ich 17 war, nahm ich mir als Vorsatz für das neue Jahr vor, den GP von Bern unter einer Stunde und 25 Minuten zu lau-



fen. Nun, das ist nicht sehr schnell, das ist durchschnittlich ehrgeizig für einen gesunden, eher sportlich veranlagten

Teenager. Ich prahlte ein bisschen damit herum, dass ich mir diesen über 16 Kilometer langen Lauf vorgenommen hatte, und erntete dafür die entsprechende Bewunderung. Meine grösste Bewundererin war aber ich selber. Ich fühlte mich ausgesprochen athletisch und ich stellte mir vor, wie ich erhobenen Hauptes und federnen Schrittes einen Endspurt hinlegen würde und dann – tatsächlich! – unter einer Stunde und 25 Minuten durchs Ziel rennen würde. Mitte April ging ich dann mal joggen. Nach 35 Minuten musste ich ein kleines Püselchen machen. Ich bin den GP dann nicht mit 17 gelaufen und schon gar nicht unter eins fünfundzwanzig.

Unterdessen habe ich ein paar Läufe hinter mir, kürzere und längere. Jedes Mal weiss ich: Wenn ich mir ein Ziel stecke, muss ich etwas dafür tun, um es zu erreichen. Ist ja klar. Ohne Massnahmen keine Zielerreichung. Das ist überall so, auch in der Politik.

Ich würde mir wünschen, dass die Bürgerlichen im Nationalrat etwas mehr Sport treiben. Vielleicht wäre dann nicht so eine bescheuerte Abstimmung in Sachen Klimaschutz zustande gekommen, wo die Bürgerlichen grosszügig das Ziel erhöhten und dann alle dazu nötigen Massnahmen versenkten.

Mylène Nicklaus,
Regionalleiterin HEKS

Die Steuerpolitik nicht den Bürgerlichen überlassen

Eine linke Steuerpolitik sorgt für die angemessene Finanzierung des Service public. Es geht aber auch um Solidarität und Verteilgerechtigkeit. Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» greift die bürgerliche Steuerpolitik an. Corrado Pardini

Wir haben eine bürgerliche Steuergesetzrevision hinter uns, die wahltaktisch bestimmt war. Rund 300 Millionen Franken weniger Steuern sollen in die Kassen des Kantons fliessen – nach dem Motto: «Wir müssen den Staat zum Sparen zwingen und ihm das Geld wegnehmen.» Mit dieser Politik stellen die Bürgerlichen die guten Leistungen des Service public in Frage und wollen den Weg frei machen für die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen.

Steuersenkungen sind populär

In der Grossratsdebatte mussten wir eine bittere Niederlage einstecken. Man liess uns nur die Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen. Wir aber wollen uns nicht in die Defensive drängen lassen.

Steuerpolitik ist ein zentrales Thema, das wir nicht den Bürgerlichen überlassen. Erfolge in jüngster Zeit geben uns recht – zum Beispiel der Volksvorschlag von 2008. Im Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) haben wir darum eine offensive Gegenstrategie entwickelt und eine Initiative ausgearbeitet, die auf den folgenden Eckpfeilern basiert: 1. Steuersenkungen müssen gezielt sein und unsere soziale Politik stützen und dürfen den Service public nicht gefährden. 2. Mit einer Initiative können wir eigene Schwerpunkte setzen und unsere Steuerpolitik definieren. 3. Unsere Forderungen müssen mehrheitsfähig sein, weil wir an der Urne gewinnen wollen. Diese Strategie haben wir in unseren Gremien vorgestellt und beschlossen.



© Alexander Walder, Ex-Press

Höhere Steuerabzüge für Familien statt Steuerprivilegien für Superprivilegierte mit der Initiative «Faire Steuern - Für Familien».

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Die SP hat an ihrem Parteitag am 29. Mai die Unterstützung der Initiative beschlossen. Bitte den beiliegenden Bogen unterschreiben und sofort einsenden. Danke!

Gegen die Pauschalsteuer

Die vom GKB lancierte Initiative «Faire Steuern – Für Familien» konzentriert sich auf folgende Punkte:

- Abschaffung der Pauschalsteuer. Damit schieben wir einen Riegel gegen die ungerechte Vorzugsbehandlung einiger reicher Ausländer. Die Zahl der so besteuerten Ausländer ist zwischen 2000 und 2009 um 100 Prozent gestiegen. Das muss ein Ende haben.
- Die Erhöhung der Kinderabzüge von 6300 auf 8000 Franken: Dies ist ein mehrheitsfähiges Anliegen und wird auch von der EVP unterstützt.
- Steuersenkungen wie vom Regierungsrat vorgeschlagen: Wir unterstützen den Ausgleich der kalten Progression und die meisten standortpolitischen Massnahmen des Regierungsrats.

Service public dient allen

Insgesamt resultieren mit der Initiative ähnlich hohe Steuerausfälle wie mit der Vorlage des Regierungsrats. Dies lässt sich angesichts der politischen Stimmung im Kanton Bern knapp verantworten. Grundsätzlich müssen wir uns aber den ständigen Steuersenkungen widersetzen und in diesem Kanton der Einsicht zum Durchbruch verhelfen, dass ein finanziell gut ausgestatteter und effizienter Service public wichtig ist. Denn die grosse Mehrheit der Kantonsbevölkerung kann sich weder teure private Schulen und Spitäler leisten noch einen privaten Sicherheitsdienst.

Gemeinsam gewinnen!

Mit dieser Initiative können wir dem Kanton Bern unseren steuerpolitischen Stempel aufdrücken und SVP, FDP und BDP in die Defensive drängen. Mach mit, es lohnt sich!



Corrado Pardini,
SP-Grossrat, Co-Präsident
des Gewerkschaftsbundes
des Kantons Bern und
Unia-Geschäftsleitungs-
Mitglied (Sektor Industrie)



Kopftuch, Tschador, Burka: Islamische Frauenbekleidung sorgt für Diskussionsstoff.

Nacktwandern und Burkaverbot

Die SP-Frauen Kanton Bern lehnen ein generelles Burkaverbot ab und rufen zu einer Versachlichung der Diskussion auf. Barbara Stalder Ritschard

In unserer Gesellschaft gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie man sich «richtig» anzieht. Doch bei aller Vielfalt gibt es Grenzen, die von fast allen eingehalten werden. Wer diese überschreitet, erregt Aufsehen und wird auch zum medialen Ereignis. Im Moment sind dies besonders die Nacktwanderer und die Burkaträgerinnen. Beide Vorkommnisse sind etwa gleich häufig und bei beiden muss zuerst abgeklärt werden, ob das Verhalten dort, wo es stört, es mit heutigen Gesetzen verhindert werden kann. Bei den Burkaträgerinnen gibt es allerdings noch zwei zusätzliche Faktoren: Man kann nicht sicher sein, dass sie sich freiwillig so verhalten, und sie tun es aus religiösen Gründen.

Wir leben in einer Kommunikationsgesellschaft. Wer uns nicht ins Gesicht sieht, handelt hier respektlos, genau wie die, die uns zur Begrüssung nicht die Hand reichen. Das löst Reaktionen aus, auch emotionale. Ob ein Verbot hier der richtige Weg ist, ist fraglich. Es ist aber sehr störend, wenn sich plötzlich rechts-konservative Kreise für die Rechte der Frau einsetzen wollen – indem sie als erstes die Burka verbieten.

Dort, wo das Erkennen der Person unabdingbar ist, ist das Tra-

gen einer Burka undenkbar. Das gilt zum Beispiel für den Strassenverkehr, die Benutzung des öffentlichen Verkehrs mit einem Abonnement, Bringen und Holen von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen, Besuch bei öffentlichen Ämtern etc. Auch in der Lehre oder im Erwerbsleben ist das Tragen einer Burka in der Schweiz kaum möglich. Dies hat nichts mit Ausgrenzung zu tun, sondern entspricht den hiesigen Gepflogenheiten. Auch können das Tragen einer Burka und die daraus resultierenden Nachteile nicht zum Bezug von Sozialleistungen berechtigen. Ein Ja zum Leben in der Schweiz beinhaltet auch ein Ja zu den Normen und Werten des Landes.

Wir wehren uns auch dagegen, dass hier hauptsächlich von einem Migrationsproblem gesprochen wird; die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz sind Konvertitinnen, nicht selten mit einem Schweizerpass. Es handelt sich daher häufig um eine Überanpassung; mit einem generellen Verbot wird diese Reaktion noch verstärkt – sie wollen ja provozieren.

Die SP-Frauen Kanton Bern sind der Ansicht, dass kein spezielles Gesetz für ein Burkaverbot erlassen werden muss. Es müssen vielmehr weitere Anstrengungen

in der Integration und in der Förderung von interkulturellen Kompetenzen ergriffen werden; bei der Bevölkerung wie auch bei den MigrantInnen. Wir müssen uns einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen verheiratet oder beschnitten werden, da braucht es Aufklärung, Beratung und Schutz. Das sind, neben etlichen Problemen beim Aufenthaltsstatus, die wichtigen Probleme in der Migrationspolitik.

Gefährlich ist die Diskussion nach dem Motto: «in einem islamischen Land darf ich auch nicht...» In den meisten muslimischen Ländern gab es keine Aufklärung, dort findet man teilweise noch Vorstellungen, wie sie bei uns im Mittelalter üblich waren. Wir wollen ja nicht zu «Aug' um Auge, Zahn um Zahn» zurückkehren. Das hat nichts mit übertriebener Toleranz zu tun und auch nichts mit Kuschelpolitik.

Klare und transparente Kommunikation, gemeinsame Anstrengungen aller Betroffenen anstatt Verboten und Gesetzen – nur dieser Weg kann erfolgreich sein. Stigmatisierung, Ausgrenzung und Isolation sind falsche Antworten auf ein Problem, das in unserem realen Alltag inexistent ist.



Barbara Stalder Ritschard
Präsidentin SP-Frauen
Kanton Bern



SP-FRAUEN

Braucht es einen Genozid?

Braucht es einen Genozid, damit Frauen an die Macht gelangen? Schrecklich, diese Frage. Noch schrecklicher, dass sie wahr ist. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurden in so kurzer Zeit so viele Menschen ermordet. Rund siebzig Prozent der nach



dem Krieg verbleibenden Bevölkerung Ruandas bestand aus Frauen, Mädchen und Kindern. Die Männer

waren tot oder in den Kongo geflüchtet. Zum Teil schwer traumatisiert, übernahmen die Frauen Felder, Firmen und wichtige Posten. Ruanda zählt immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Aber es gehört heute auch – nach einer stillen Revolution der starken Frauen – zu einer der fortschrittlichsten Nationen Afrikas. Die Hälfte der ruandischen Unternehmen ist fest in weiblicher Hand. Frauen leiten 9 von 24 Ministerien. Im Parlament bilden sie mit 45 zu 35 Abgeordneten die Mehrheit! Die Uno führt die rapide Abnahme der Korruption klar auf den Einfluss der Frauen zurück. Nicht, dass die Frauen unschuldig waren am schrecklichen Genozid, aber sie konnten vergeben und haben das Land im Herzen Afrikas umgekrempelt und zum Hoffnungsträger des Kontinents gemacht. Die Situation ist nicht einfach. Alkoholismus und die Folgen der Traumata sind ein grosses Problem. Ob der Präsident die neue Macht der Frauen aushält? Wir werden es sehen. Ich wünsche den starken Frauen viel Mut und Durchhaltevermögen. Ich hoffe sehr, dass es keine Genozide mehr braucht, um Frauen in Führungspositionen zu akzeptieren.

Eva Hardmeier,
Leitungsgremium SP-Frauen

ENDSPURT

Solidarität mit Deisswil

Eine Kündigung ist schlimm. Muss man trotz einwandfreier Arbeitsleistung gehen, ist das schockierend. Was die Konzernleitung der Mayr-Melnhof-Gruppe bei der Entlassung von 253 Arbeitnehmenden in der Kartonfabrik Deisswil gemacht hat, ist menschenverachtend. Mitten in den Betriebsferien, ohne Vorinformation der örtlichen Betriebsleitung und der Sozialpartner wurde der Schliessungsentscheid kommuniziert. Die Konzernleitung faselte von wirtschaftlichen Zwängen und gab der CO₂-Abgabe Schuld für den getroffenen Entscheid. Die vorgebrachten «Argumente» haben sich als haltlos erwiesen. Es ging der Mayr-Melnhof-Gruppe einzig und allein um das Ausschalten der Konkurrenz und um die rücksichtslose Gewinnmaximierung um jeden Preis.

Viele Arbeitnehmende der Kartonfabrik Deisswil haben Jahre, einige fast ein ganzes Arbeitsleben im und für den Betrieb gearbeitet. Sie betonen, gerne dort gearbeitet zu haben, es sind stolze, gute Berufsleute. An einer Demonstration in Deisswil habe ich mit vielen Betroffenen sprechen können. Die Erzählungen über den Arbeitsplatz und der Wille zu kämpfen haben mich sehr berührt. Die SP hat gehandelt und im Grossen Rat eine Interpellation zur Massenentlassung eingereicht. Der SP-Parteitag vom 29. Mai erklärte sich mit den Mitarbeitenden solidarisch im Kampf um einen würdigen Sozialplan.

In der Zwischenzeit hat eine neue Investorengruppe das Areal der Karton Deisswil übernommen und will dieses unter dem Titel «Berliner Industrie AG» wieder zum Blühen bringen. Die SP dankt den Gewerkschaften, den Behörden und den Investoren, dank deren Engagement möglichst viele Arbeitsplätze erhalten werden können. Sie hofft fest, dass dank den neuen Plänen Deisswil ein wichtiger Arbeitsort bleibt und die betroffenen Arbeitnehmenden bald wieder mit Stolz zur Arbeit gehen können.

Irène Marti Anliker, Grossrätin,
Präsidentin SP Kanton Bern



AGENDA

23. Juni

**Treffen mit kommunalen
Exekutivmitgliedern**

19 Uhr, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Bern

1. September 2010

**Parteitag SP Kanton Bern
Bern**

ROTES BRETT

z. B Fr. 5.– günstiger in die:

DAMPFZENTRALE BERN

Marzilistrasse 47, 3005 Bern

www.dampfzentrale.ch

Cie Nicole Seiler: «Playback»

Tanz/Performance

Samstag, 26. Juni und Sonntag, 27. Juni,

19 Uhr

Dieser Preisnachlass von Fr. 5.– wird SP-Mitgliedern gegen Vorweisung des Mitgliederausweises an der Abendkasse gewährt.

MITMACHEN BEI CLEANTECH

Die Cleantech-Kampagnengruppe sammelt jeweils einmal pro Woche Unterschriften auf dem Bärenplatz in Bern. Alle aus der Region Bern sind herzlich eingeladen mitzuhelfen beim gemeinsamen Sammeln, dies bedeutet alle 4 bis 8 Wochen zwei Stunden Unterschriften zu sammeln.

Bitte melde dich bei David Stampfli:

david.samuel.stampfli@gmail.com oder
laura.schmid@gmail.com.

FINANZPLATZ SCHWEIZ

Jetzt Mitglied werden bei der Aktion Finanzplatz Schweiz und regelmässig Informationen zu den Finanzbeziehungen der Schweizer Banken erhalten: www.aktionfinanzplatz.ch

Der starke
Personalverband

BSPV



Der BSPV: Ihre Partei am Arbeitsplatz

Beratung erhalten Sie unter:
www.bspv.ch / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

AUSSCHREIBUNG

Die SP Kanton Bern sucht auf den 1.9.2010

EIN NEUES PRÄSIDIUM

Wir bitten interessierte SP-Mitglieder in ihrem Bewerbungsschreiben darzulegen, was sie für eine Kandidatur motiviert, welche Erfahrungen und Fähigkeiten sie für das Amt mitbringen und wie sie die Partei politisch führen wollen.

Als Ergänzung benötigen wir ein auf das politische und gesellschaftliche Engagement ausgerichtetes Curriculum.

Auskünfte erteilt Margreth Schär, Präsidentin der Findungskommission: 032 384 17 80 / 079 453 25 56 / schaers@besonet.ch.

Anmeldungen nimmt Margreth Schär, Birkenweg 9A, 3250 Lyss entgegen.

Anmeldungsfrist: 26.6.2010.

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Telefon 031 370 07 80, links.be@spbe.ch

Adressänderungen bitte direkt an:

linksabo@spschweiz.ch

Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 9. August 2010

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch